DGB

EUROPA UND INTERNATIONALES



20. Januar 2022

Liebe Leserinnen und Leser,

die "Konferenz zur Zukunft Europas" ist in vollem Gange. Sie ist ein ergebnisoffener Prozess, in dem Bürgerinnen und Bürger, Sozialpartner und Zivilgesellschaft ihre Reformvorschläge einbringen sollen, damit die Europäische Union für die neuen Herausforderungen dieses Jahrhunderts gewappnet ist. Die heutige Ausgabe widmet sich dem Thema der Neuausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik. Die Autorin plädiert für eine "triple transition" statt einer "twin transition", weil neben der grünen und digitalen auch die soziale Transformation eine Voraussetzung für das Erreichen einer CO2neutralen Wirtschaft ist. Wie ein solcher Übergang von Gewerkschaften und Arbeitnehmer*Innenvertretern konkret mitgestaltet werden kann, berichten wir als Ergebnis des deutsch-britischen Gewerkschaftsforums nach einer virtuellen Betriebsbesichtigung des Unternehmens Cummins, das einen Wasserstoffzellenantrieb in einer vom Strukturwandel betroffenen ehemaligen Kohle- und Schwerindustrieregion entwickelt. Auch die französischen Gewerkschaften geben sich kämpferisch: Europa darf kein Rust-Belt werden.

Eine angenehme Lektüre wünscht Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender

Wirtschaftspolitik in der EU als Balanceakt



DGB/Evgeny Gromov/123rf.com

Die Wirtschaftspolitik muss ausbalanciert werden. Während Wettbewerbsfähigkeit und Haushaltskonsolidierung im Fokus stehen, geraten soziale Ziele und gerechte Verteilung allzu oft ins Hintertreffen. Für einen Ausgleich dieser Schieflage sind Ansätze vorhanden, die es dringend weiter auszubauen gilt. Eine weitere Verstärkung der einseitigen Herangehensweise wäre aufgrund der sozialen, politischen und auch ökologischen Folgen fatal.



Ein Leuchtturmprojekt für Strukturwandel: Cummins in Großbritannien



Colourbox

Die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft ist nicht nur eine umweltpolitische, sondern auch eine sozialpolitische Herausforderung. Sie bedeutet den Umbau ganzer Sektoren. Traditionelle Industriezweige werden verschwinden oder neu aufgestellt, andere entstehen. Im Gleichklang müssen sich Beschäftigte re- oder umqualifizieren. Die Transformation kann deshalb nur gelingen, wenn dieser Strukturwandel gerecht und unter Einbeziehung der Gewerkschaften erfolgt, damit keine abgehängten Regionen entstehen. Es gibt gute Beispiele, wie in tripartiter Zusammenarbeit zwischen Sozialpartnern und Staat ein solcher Prozess gestartet werden kann. Das ist das Ergebnis des deutsch-britischen Gewerkschaftsforums im Oktober 2021.



Gewerkschaftliche Transformationsansätze für den industriellen Wandel



DGB/neydt/123rf.com

Eine Bestandsaufnahme im Rahmen des deutsch-französischen Gewerkschaftsforum im Dezember 2021 zeigt die großen Herausforderungen, mit denen sich die drei größten Gewerkschaftsdachverbände Frankreichs konfrontiert sehen: Das Macronsche Großprojekt, der Umbau des Arbeitsmarktes, wird durch die Corona-Pandemie zu einem Gemeinschaftsprojekt, in das die Sozialpartner einbezogen werden. Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels sind vor allem eine Frage des gerechten Übergangs, sollen sie Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Die damit verbundene Transformation gewerkschaftlich gut organisierter Wirtschaftszweige ist die größte Herausforderung an die Gewerkschaften. An Gestaltungswillen fehlt es bei diesen nicht: Deutsche und französischen Gewerkschaften fordern eine Beteiligung auf allen Ebenen ein.



Impressum

Verantwortlich

Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand Europa und Internationales Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin Telefon: +49 30.240 60-211, Telefax: +49 30.240 60-324

E-Mail: internationales (at) dgb.de

Verantwortlich

Reiner Hoffmann (Vorsitzender)

Rückfragen an

Andreas Botsch, Abteilungsleiter Europa und Internationales